

EU-Freunde drücken im Parlament aufs Tempo

Die Befürworter der Verträge mit der Europäischen Union wollen die Volksabstimmung vor den nationalen Wahlen abhalten

ANDREA FOPP, BERN

Die nächsten nationalen Wahlen finden erst im Oktober 2027 statt. Doch der Wahlkampf wirft längst seinen Schatten auf das parlamentarische Alltagsgeschäft. Besonders deutlich ist das im EU-Dossier. Seit Monaten läuft ein Gerangel um die Frage, wann die Bevölkerung über die neuen Verträge mit der Europäischen Union abstimmen soll – vor oder nach den Wahlen?

Für Damien Cottier, Präsident der freisinnigen Fraktion, ist klar: «Für mich sollte die Arbeit vor den nächsten Wahlen abgeschlossen sein.» Dann wisse die Bevölkerung, wie es in dieser wichtigen Frage weitergehe, bevor sie ihren Wahlentscheid falle. «Die Zeit reicht», sagte Cottier unlängst gegenüber der «NZZ am Sonntag».

Viele Befürworter der EU-Verträge wollen dabei vor allem eins vermeiden: dass die SVP mit den EU-Verträgen Wahlkampf machen kann. Die Unabhängigkeit von Europa gehört zu ihren Kernthemen. Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin der Mitte und Präsidentin der Handelskammer beider Basel, ist daher der Meinung: «Wer die Abstimmung verzögert, stärkt nur die SVP und schwächt eine sachbezogene Debatte im Sinne eines stabilen Verhältnisses mit der EU», sagt sie der NZZ.

Abstimmung im Juni 2027?

Allerdings ist ihre Partei nicht geeint. «Wer einzig auf die SVP und die Wahlen schielt, stellt Parteitaktik über die Interessen des Landes», sagte der Mitte-Präsident Philipp Matthias Bregy kürzlich. Und auch die SVP plädiert für genügend Zeit: «Niemand kann mir sagen, dass sich ein solches Riesendossier auf die Schnelle seriös beraten lässt», sagte der Parteipräsident Marcel Dettling. «Ich rechne damit, dass nichts unversucht gelassen wird, um das Paket so rasch als möglich durchs Parlament zu drücken», so Dettling.

Tatsächlich überlegen EU-Befürworter seit Monaten fieberhaft, wie sie das



Die anderen Parteien wollen verhindern, dass die SVP mit den EU-Verträgen Wahlkampf machen kann.

PETER KLAUNZER / KEystone

EU-Paket am schnellsten, oder in ihren eigenen Worten, «am effizientesten» durch das Parlament bringen. Als Termin für die Abstimmung wird der 6. Juni 2027 gehandelt.

Der Fahrplan wäre allerdings sehr sportlich. Im Frühling 2026 wird die Botschaft des Bundesrats erwartet. Damit es für die Abstimmung im Juni 2027 reicht, müsste das Parlament die Verträge bis zur Wintersession 2026 fertig beraten. Konservative Kräfte und EU-Skeptiker bevorzugen daher einen Abschluss der Beratungen zur Herbstsession. Dann wäre das Paket bereit für die Abstimmung, bevor das frisch gewählte Parlament seine Arbeit antritt.

Am Freitagnachmittag haben sich die Büros des National- und des Ständerats mit dem Thema beschäftigt. Sie sind für das Parlamentsprogramm zuständig und damit auch für die Koordination der Beratung der EU-Verträge. Allerdings konnte sich am Freitag noch keines der beiden Büros auf einen zeitlichen Fahrplan einigen, wie der Medienmitteilung zu entnehmen ist. Immerhin sind sich die Gremien einig darin, wer den Lead übernehmen soll: die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) beider Räte.

So sollen die APK im Stabilisierungsteil des Pakets die Federführung übernehmen. Er enthält unter anderem die bestehenden Abkommen mit der

EU. Die neuen Abkommen zu Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit sollen hingegen den thematisch zuständigen Sachbereichskommissionen zugewiesen werden, es sind dies die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, die Gesundheitskommission und die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur.

Bangen um eigenen Einfluss

Im Vorfeld hatte die Idee einer Spezialkommission zu reden gegeben, die extra für die Beratung der EU-Verträge eingesetzt worden wäre. Damien Cottier hatte gemäss Berichten unter ande-

rem in den Zeitungen der CH Media eine solche in Erwägung gezogen, worauf Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission um ihren Einfluss im Dossier fürchteten. Sie beschäftigen sich seit Jahren mit dem Thema, diese Woche erst war eine Delegation der nationalrätslichen APK auf Arbeitsbesuch in Brüssel, um über die Verträge zu diskutieren.

Zu ihnen gehören unter anderem auch Schneider-Schneiter und ihr Baselbieter Kollege Eric Nussbaumer (SP), der ebenfalls zu den engagiertesten Befürwortern der EU-Verträge gehört. Sie werden versuchen wollen, das Tempo zu erhöhen. Wie gross ihr Einfluss diesbezüglich sein wird, ist allerdings noch unklar. Das hängt nicht nur von den Mehrheiten innerhalb der APK ab, sondern auch von den Befugnissen der Kommissionen. Zentral ist etwa die Frage, ob die APK den Fachbereichs-

«Für mich sollte die Arbeit vor den nächsten Wahlen abgeschlossen sein.»

Damien Cottier
Präsident der FDP-Fraktion

kommissionen verbindliche zeitlichen Vorgaben machen können, etwa was Mitberichte betrifft.

Um offene Fragen zu klären, ist in der Dezembersession eine Einigungskonferenz vorgesehen. Dafür sollen auch die Präsidenten der Sachbereichskommissionen konsultiert werden. Für Diskussionen dürfte auch sorgen, welche Kammer – der National- oder der Ständerat – als Erstes zum Zug kommt. Den Entscheid dazu fallen die neuen Präsidenten der beiden Räte Anfang 2026. Bei den Beratungen im Parlament ist es wie mit Lohn- oder Geschäftsverhandlungen: Die Seite, die zuerst spricht, setzt den Ton.